



in Rangun

**SPIEGEL:** Sie haben für den Freiheitskampf Ihres Landes persönlich viel gegeben. Seit Jahren konnten Ihre beiden Söhne Sie nicht mehr besuchen. Ihr Mann starb an Krebs, ohne dass Sie ihn noch einmal sehen konnten. Woher nehmen Sie die Kraft?

**Suu Kyi:** Ich bin eine gläubige Buddhistin. Doch ist es nicht nur die Frage, wie Aung San Suu Kyi damit umgeht. Viele Burmesen sind in einer weitaus schwereren Lage als ich. Aber wir alle stehen zusammen, weil wir für ein gemeinsames Ziel kämpfen: für Freiheit und Demokratie.

weil das Ölfeld nur 22 Kilometer vor dem Landstreifen liege.

Lukoil behauptet dagegen, Ölverschmutzungen seien nur im Umkreis von maximal zweieinhalb Kilometern möglich. Öreste könnten daher die Nehrung gar nicht erreichen. Der Landstreifen zwischen Ostsee und Haff mit Wanderdünen und Wäldern, in denen es wieder Elche gibt, gilt als einzigartig. Seit zwei Jahren steht die Nehrung deshalb auf der Liste des Unesco-Weltkulturerbes. Die Ölbohrung werde sich zu einem internationalen Problem entwickeln, befürchtet die Umweltorganisation Ecodefense aus Russland: Die Strömungsverhältnisse in diesem Teil der Ostsee führten dazu, dass Ölrückstände auch auf den litauischen Teil der Nehrung gespült würden. Gut die Hälfte des 97 Kilometer langen Landstreifens gehört zu Litauen, der andere Teil zur russischen Exklave Kaliningrad. Zwischen den Staaten bahnt sich bereits Streit an: Der litauische Präsident Valdas Adamkus forderte Russland auf, Litauen endlich offiziell über das Projekt in Kenntnis zu setzen. Er stützt sich dabei auf die Konvention von Helsinki zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegbietes. Danach müssen die Ostseerainer sich gegenseitig über Planungen informieren, die die Nachbarn betreffen können.

RUSLAND

## KP vor Spaltung

Russlands Kommunisten, mit angeblich einer halben Million Mitgliedern und einem Wählerpotenzial von etwa 30 Prozent größte Partei des Landes, stehen vor einer Spaltung. KP-Führer Gennadij Sjuganow hat drei führende Parlamentarier aus der Fraktion ausschließen lassen: Gennadij Selesnjow, Duma-Vorsitzender, Nikolai Gubenko, Chef des Kulturausschusses, und Swetlana Gorjatschewa, Vorsitzende des Frauen- und Jugendausschusses. Die verstoßenen Genossen waren entgegen Parteibeschlüssen in ihren Parlamentsämtern geblieben, nachdem Kreml-treue Abgeordnete den Kommunisten den Vorsitz wesentlicher Duma-Komitees entzogen hatten. Ziel der von der Kreml-Administration eingefädelt

Operation: die KP als stärkste Oppositionspartei zu schwächen und Wladimir Putin bei der Präsidentenwahl im Frühjahr 2004 zu einem Sieg im ersten Wahlgang zu verhelfen.

Ein Viertel der Mitglieder des Zentralkomitees (ZK) der KP und etwa ein halbes Dutzend Fraktionsmitglieder stimmten gegen die Ausschlüsse. Die Abweichler, denen sich der Gouverneur von Nischnij Nowgorod, Gennadij Chodyrew, anschloss, der aus der KP austrat, sammeln derzeit ihre Anhänger. Selesnjow, schon seit längerem auf Putin-Kurs, fordert einen Sonderparteitag, um KP-Chef Sjuganow abzuwählen. Parallel dazu führt er einen bislang schwächlichen Verein namens „Russland“.

Jüngere Genossen aus einem KP-nahen Jugendverband planen für Ende Juni die Gründung einer „Neuen Kommunistischen Partei“.



Demonstrierende Kommunisten am 1. Mai in Moskau

LIECHTENSTEIN

## Botschafter nach Berlin und Washington

Nur klein und reich zu sein genügt Liechtenstein (32 000 Einwohner) nicht mehr. Außenminister Ernst Walch plant, Botschaften nun auch in den USA und Deutschland einzurichten, nachdem sich Liechtenstein bisher mit diplomatischen Vertretungen in den Nachbarländern Schweiz und Österreich sowie am Sitz von internationalen Organisationen wie der Uno in New York begnügte. Grund für die Offensive ist das ramponierte Ansehen des Fürstentums, das in den letzten Jahren als Schwarzgeld- und Geldwäschezentrale in Ver-

ruf geraten war. Im Hauptstädtchen Vaduz dagegen glaubt man, auf Grund verschärfter Auflagen mittlerweile „eine Spitzenposition“ im Kampf gegen die Finanz-Übel zu belegen. Das soll in Washington ein Botschafter verdeutlichen und desgleichen in Berlin. Dort war bisher Roland Marxer, der in Vaduz das Amt für Auswärtige Angelegenheiten leitet, als so genannter nicht residierender Botschafter gemeldet. Das Liechtensteiner Parlament will Mitte Juni über die Besetzung der beiden Posten entscheiden.